

POSITIONSPAPIER

DIGITALER WANDEL DER WIRTSCHAFT – ÖKOLOGISCH, SOZIAL UND INNOVATIV



DIGITALER WANDEL DER WIRTSCHAFT – ÖKOLOGISCH, SOZIAL, INNOVATIV

Unsere Gesellschaft erlebt mit der Digitalisierung eine Veränderung aller Lebensbereiche und den schnellsten technologischen und gesellschaftlichen Wandel, der von der Menschheit jemals angestoßen wurde. Die Politik hat dabei die große Aufgabe, diesen Prozess zu gestalten. Wir GRÜNE wollen den digitalen Wandel der Gesellschaft und der Wirtschaft nach sozialen und ökologisch nachhaltigen Kriterien ausrichten. Dabei ist uns GRÜNEN wichtig, dass wir auf umweltfreundliche Innovationen setzen, die den ökologischen Wandel vorantreiben.

Um dies zu erreichen, ist zukunftsorientiertes Denken und Handeln notwendig, um frühzeitig die entsprechenden politischen Leitlinien zu setzen. Wir brauchen Strategien, die kontinuierlich weiterentwickelt werden, um die erforderliche Infrastruktur für den digitalen Wandel zu schaffen. Die Politik muss die richtigen Anreize setzen, aber auch selbst den Richtungswechsel angeben und mit gutem Vorbild vorangehen. Kluge staatliche Investitionen kurbeln private Investitionen an. Wir GRÜNE im Bayerischen Landtag gestalten den digitalen Wandel der Wirtschaft, indem wir digitalkompetente Fachkräfte für die Arbeit der Zukunft sichern, die bayerische Innovationslandschaft zur vollen Entfaltung optimieren, unseren Mittelstand im digitalen Wandel mitnehmen und Freiheit und Sicherheit im digitalen Raum stets gewährleisten.

Insgesamt fehlt es in Bayern an einer klaren Strategie für die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft. Stattdessen setzt die Staatsregierung auf ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen und Projekten. Wir GRÜNE sagen: Das reicht nicht aus! Wir haben eine Vision, samt konkreten Ideen, um den digitalen Wandel für die bayerische Wirtschaft so zu gestalten, dass diese gestärkt und bereit für die Zukunft ist.

Fachkräfte sichern – Bildung für die Arbeit der Zukunft

Der digitale Wandel muss auch in der Arbeitswelt mitgestaltet werden, um soziale und ökonomische Gerechtigkeit zu sichern. Wir möchten Wohlstand für alle sichern und den Erfolg unserer digitalen Wirtschaft zukunftsfest machen. Ein großes Problem ist der Fachkräftemangel, der sich über viele Sektoren erstreckt und auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) Branche zu erkennen ist. Der jüngste MINT-Report des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigte, dass im April 2021 rund 141.500 Arbeitskräfte in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaftler und Technik) bundesweit fehlen. Es fehlen dadurch nicht nur die Kompetenzen, sondern auch die Fähigkeit in der Wirtschaft digitale Technologien und Ansätze zu entwickeln; rund 54% der deutschen Unternehmen sehen im Mangel an IT-Expert*innen ein Hemmnis.

Es mangelt nicht nur an den Fachexpert*innen für Zukunftstechnologien, sondern auch an grundsätzlichen Digitalkompetenzen in der Breite. Gesellschaftlich und branchenübergreifend fehlen wichtige digitale Fähigkeiten bei Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen. Die Menschen müssen für das digitale Lernen und Arbeiten gerüstet sein; von jungen Jahren an bis ins hohe Alter. Wir GRÜNE handeln vorausschauend, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern und dem Fachkräftemangel in der Digitalwirtschaft zu begegnen.

Kompetenzen für die digitale Arbeitswelt fördern und vermitteln

Eine digitalisierte Wirtschaft braucht digitalgewandte Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen. Unzureichende Digitalkompetenzen können für Betriebe existenzgefährdend sein. Digitalkompetenzen umfassen neben Medienkompetenzen und Technologieverständnis auch den Erwerb sozialer Kompetenzen wie Kooperations- und Teamfähigkeit, Kommunikations- und Innovationsfähigkeit und Interdisziplinarität. Wir GRÜNE wollen die Grundlagen für Medien- und Digitalkompetenzen bereits in den allgemeinbildenden Schulen legen. Parallel dürfen Betriebe nicht allein gelassen werden. Wir möchten Fortbildungsangebote schaffen, die auch Quereinsteiger*innen ansprechen und flexible Ausbildungswege ermöglichen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich ein Grundverständnis von aktuellen Themen wie Softwareentwicklung, Data Science oder Künstlicher Intelligenz anzueignen. Daher wollen wir die Förderung und den Zugang zu offenen Weiterbildungskursen ausbauen. Dafür kann das finnische Projekt „Elements of Artificial Intelligence“ als Vorbild herangezogen werden.

Auch der Weiterbildung kommt eine immer wichtigere Rolle zu. Laut einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird es in den nächsten Jahren bei vielen Jobs zu Veränderungen kommen. Ausgerechnet die Arbeitnehmer*innen, deren Arbeitsplätze besonders von Automatisierung betroffen sind, nutzen seltener die Möglichkeiten der Weiterbildung; hier müssen wir gegensteuern! Es braucht eine Weiterbildungs- und Umschulungsoffensive. Wir GRÜNE fordern dahingehend ein gesetzlich verankertes Recht auf Weiterbildung und die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Wir wollen mit gezielten Konzepten und Kampagnen diese Menschen ansprechen und einen niedrigschwelligen Zugang zu den Weiterbildungsangeboten gewährleisten, indem flächendeckend regionale Bildungsagenturen eingerichtet werden.

Mehr Frauen in die Digitalwirtschaft

Im digitalen Wandel der Wirtschaft ist auf eine paritätische und gleichstellungspolitische Herangehensweise zu achten. Frauen sind in der deutschen IT-Branche unterrepräsentiert und machen lediglich 16% der Arbeitskräfte aus. Eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Digitalwirtschaft und -forschung hilft geschlechterspezifische sowie intersektionale Diskriminierung abzubauen. Diverse und repräsentative Entwicklerteams sind wichtig, um zu verhindern, dass bestehende Geschlechterstereotype und andere Vorurteile bei der Programmierung von Algorithmen oder beim Trainieren lernender Systeme reproduziert und vervielfältigt werden. Obwohl junge Mädchen ein hohes Interesse an Technik zeigen, schwindet dieses Interesse bis zur Berufswahl immer mehr. Daher brauchen wir mehr weibliche Vorbilder und Mentoring-Programme für Schülerinnen und Studentinnen. An den Hochschulen müssen Vernetzungsmöglichkeiten explizit für MINT-Studentinnen geschaffen werden und der Anteil an Frauen unter den Professor*innen und in den Hochschulgremien erhöht werden.

Klare Rahmenbedingungen für flexibles Arbeiten

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt auch zum Positiven: mit Home-Office Möglichkeiten gelingt mehr Flexibilität – Arbeiten wo ich will, wie ich will und wann ich will. Nicht mehr Ort und Zeit sind entscheidend, sondern Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Das kann Freiräume schaffen, stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen, denn die Digitalisierung der Arbeitswelt kann dauernde Verfügbarkeit und Mehrarbeit erzeugen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, abhängiger und selbständiger Tätigkeit, sowie zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung verschwimmen. Wir GRÜNE möchten klare Regelungen für das digitale Arbeiten setzen, um die Rechte der Arbeitnehmer*innen auch in Zukunft zu schützen.

Kurz und knapp: Wir wollen die Fachkräfte der Zukunft sichern

*Um die Menschen besser auf künftige Entwicklungen vorzubereiten wollen wir die grundlegenden Digitalkompetenzen bereits in der Schule vermitteln und betriebliche Fortbildungsangebote unterstützen. Dazu fordern wir ein Recht auf Weiterbildung und die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Wir wollen den Frauenanteil in der Digitalwirtschaft durch gezielte Förderung erhöhen. Mit klaren Rahmenbedingungen für flexibles Arbeiten und Home-Office wollen wir die Rechte der Arbeitnehmer*innen schützen.*

Innovationsland Bayern

Innovation ist ein mehrstufiger Prozess und braucht die Mitwirkung vieler Akteur*innen aus Wissenschaft und Forschung, Start-Ups, der öffentlichen Hand sowie privaten Unternehmen. Laut dem Europäischen Innovationsanzeiger gehört Deutschland europaweit zu den stärksten Innovatoren, der Regierungsbezirk Oberbayern sogar zu den innovativsten Regionen Europas. Die starke universitäre und außeruniversitäre Forschungs- und Wissenschaftslandschaft trägt maßgeblich dazu bei. Verbesserungsbedürftig bleibt aber der Transfer von Wissen und Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und die breite Gesellschaft. Lokal gegründete Start-Ups gehen lieber ins Ausland, wo die Förderbedingungen für Gründer*innen innovationsfreundlicher sind und Wachstum skalierbar. Es fehlt eine dynamische und wettbewerbsfördernde Datenökonomie – hier bremst die Staatsregierung, statt Vorbild zu sein. Für uns GRÜNE ist die internationale Vernetzung wichtig, gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für den lokalen, regionalen Austausch verbessert werden.

Open Science

Forschungsergebnisse, die öffentlich finanziert sind, dürfen nicht in die private Hand verschwinden, sondern müssen als öffentliches Wissen für alle zugänglich sein. Zu oft finden sich Forscher*innen beschränkt, wenn es um den Zugang zu Informationen, Datensätzen, Studien oder Artikeln geht. Der Grundsatz von Open Science umfasst Open Access (Zugang) sowie offene Daten und Materialien. Deutschland und besonders Bayern ist hier zu zögerlich und hat das Potenzial von Open Science noch nicht richtig erkannt. Länder mit vergleichbar starken Hochschullandschaften wie den Niederlanden und Großbritannien sind schon deutlich weiter. Dort gibt es Universitäten mit spezifischen Open Science Stabstellen und eine viel fortgeschrittenere Sensibilisierung für die Vorteile einer offenen strukturierten Forschungs- und Wissenschaftskultur. Der Zugang zu Forschungsergebnissen sollte in Bayern als Standortfaktor begriffen und gestärkt werden. Wir GRÜNE möchten deshalb einen breiten Zugang zu öffentlichem Wissen schaffen und den Aufbau eines bayerischen Kompetenzzentrums für Open Science unterstützen. Zudem sollte die Förderung von Forschungsprojekten mit Vorgaben zu Open Access verknüpft werden. Hier kann die Staatsregierung im Rahmen ihrer eigenen Aufträge als gutes Beispiel vorangehen und die bereits auf EU-Ebene etablierten Standards auf die bayerische Ebene übernehmen.

Gezielte Forschungsschwerpunkte setzen

Die politische Steuerung der Digitalisierung muss auf fundiertem und transparentem Wissensaustausch zwischen öffentlicher und privater Hand und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft beruhen. Zudem muss die wissenschaftliche Erforschung zu den ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und globalen Auswirkungen der Digitalisierung und anderer Technologien angeregt werden. Um die Potentiale Bayerns

bestmöglich auszuschöpfen, muss der Staat Leitplanken und Orientierung leisten, und eine klare Zukunfts- und Innovationsstrategie entwickeln. Interdisziplinäre Projekte und Forschungsteams sind mit der Entwicklung neuer Studiengänge oder -module und fachrichtungsübergreifenden Kooperationen zu unterstützen. Um digitale Technologien mit dem Klimaschutz in Einklang zu bringen, wollen wir GRÜNE gezielt die Anwendungen fördern, die den Klimaschutz voranbringen. Dafür müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die Digitalisierung nicht zu einer Erhöhung von Treibhausgasemissionen führt, sondern diese im besten Falle reduziert.

Teure und großaufgelegte Innovations- und Investitionsprogramme dürfen nicht ohne dezidierte Monitoring-Mechanismen aufgelegt werden. Auch bereits aufgesetzte Investitionsprogramme wie die Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus müssen wir regelmäßig evaluieren.

Transfer aus Forschung und Wissenschaft in die Wirtschaft

Der Standort Bayern muss für die Zukunft weiterhin attraktiv und damit wettbewerbsfähig bleiben. Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können. Unsere Achillesferse ist dabei nicht die Grundlagenforschung, sondern die Transformation des Wissens in innovative Geschäftsmodelle. Um die Anwendungsforschung digitaler Technologien in den Fokus zu rücken, muss die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gefördert und bestehende Strukturen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausgebaut werden. Damit wollen wir keine unternehmerische Hochschule fördern, aber unternehmerische Ideen, die aus Hochschulen heraus entstehen, unterstützen. Zudem müssen mehr Mittel für den wissenschaftlichen Mittelbau bereitgestellt und die bestehenden Technologietransferzentren evaluiert werden.

Wir wollen den Wissenstransfer durch wissensintensive Gründungen von Hochschulmitgliedern anschieben. Dazu müssen passende Rahmenbedingungen für Ausgründungen und attraktive Beschäftigungsangebote für gut ausgebildete Fachkräfte wie Informatiker*innen geschaffen werden. Hier kann der Staat als Arbeitgeber*in eine wichtige Rolle spielen. Hochschulen brauchen klare Leitplanken, was an Ausgründungen möglich ist und was nicht. Die europäische Zusammenarbeit und das Nutzen der zahlreichen Fördertöpfe auf EU-Ebene sind aktiv zu unterstützen und insbesondere an Start-Ups sowie kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu kommunizieren. Antragsverfahren müssen vereinheitlicht und in einem One-Stop-Shop-Verfahren vereinfacht werden.

Bessere Förderung und Unterstützung von Start-Ups

Start-Ups bilden eine wichtige Brücke für die Entdeckung und Entwicklung von – im besten Falle disruptiven – Innovationen. Deutschland fällt jedoch bei Investitionen in Start-Ups zurück, während viele andere Länder hier zulegen. Im vergangenen Jahr sank das Finanzierungsvolumen in Deutschland um 15% auf knapp 5,3 Milliarden Euro, während unsere Nachbarn in Frankreich und Großbritannien zulegen konnten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, möchten wir GRÜNE die Gründungslandschaft in Bayern aktiv fördern. Fördermöglichkeiten und Netzwerke müssen für Start-Ups und junge Unternehmen auf jeder Ebene (regional, national und europäisch) zugänglich sein und können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Staatliche Wagniskapitalfonds können unseren Gründer*innen Zugang zum notwendigen Kapital gewährleisten und dauerhaft eine Heimat geben. Wir möchten noch mehr und noch schneller investieren. Zusätzlich schaffen wir ein innovationsfreundliches Gründerklima und bayernweite Vernetzungsmöglichkeiten. Dafür sollte der Aufbau von Inkubatoren in ganz Bayern gefördert werden.

Für uns GRÜNE sollen Förderungen von Start-Ups nicht nur an eine Wirtschaftlichkeitsprüfung geknüpft sein, sondern auch an die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen gekoppelt werden. Der Staat muss

die langfristige Zielsetzung und Rahmenbedingungen mit entsprechenden Vorgaben und Anreizen vorgeben, wenn wir die Einhaltung dieser Ziele wirklich ernst nehmen. Zudem muss der Zugang für Gründerinnen zu Finanzierungsmöglichkeiten verbessert werden. Nur 10% der 100 Top-Start-Ups 2021 wurden von Frauen gegründet. Deshalb möchten wir GRÜNE Finanzierungsmöglichkeiten explizit für Gründerinnen zuschneiden und einen kollaborativen Austausch zwischen Politik und der Start-Up-Szene ermöglichen, um Themen wie Diversität seitens der Gründungsteams sowie der Investor*innen gemeinsam voranzubringen.

Digitalwirtschaft und Datenökonomie stärken

Daten sind ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, denn zunehmend entstehen virtuelle Märkte. Die IKT-Branche ist inzwischen die drittgrößte Branche in ganz Deutschland und wird zukünftig noch an Bedeutung zunehmen. Das Ziel von uns GRÜNEN ist, Deutschland und Bayern als wichtigen Digitalstandort langfristig zu sichern. Dazu muss die Datennutzung in bayerischen Unternehmen verstärkt werden. Die große Mehrheit von deutschen Unternehmen sammelt bereits Daten, meist werden diese aber nur für einfache Analysen verwendet. Wir GRÜNE möchten im Rahmen einer Offensive die Datenkompetenz von Beschäftigten von KMU durch konkrete Beratungsangebote zu Datenmanagement und Qualitätssicherung schaffen und ausbauen. Wir wollen eine Infrastruktur für regionales Datenmanagement aufbauen und die Datennutzung vorantreiben. Zudem müssen bundesweit einheitliche Vorgaben der DSGVO sichergestellt und rechtliche Graubereiche aufgelöst werden. Um die datenschutzkonforme Nutzung von Daten zu fördern, müssen klare Standards gesetzt und praktische Unterstützung bei der rechtssicheren Anonymisierung und Pseudonymisierung personenbezogener Daten geleistet werden.

Damit Unternehmen niedrigschwellig und selbstbestimmt Daten mit anderen Marktteilnehmenden teilen können, wollen wir GRÜNE dezentrale Datenpools schaffen, die unabhängig verwaltet und klar geregelt werden. So ermöglichen wir das gemeinsame Datennutzen, ohne sensible Daten dabei zu gefährden und schaffen einen neuen Datenzugang, der besonders kleinen und mittelständischen Unternehmen sonst verwehrt wäre. Herstellerspezifische, nicht-öffentliche „Datensilos“ (abgekapselte Datenbestände) aufzubrechen, kann eine Grundlage für wirtschaftliche Innovationen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sein. Es braucht neue Ansätze und eine Grundeinstellung hin zum Teilen von Daten, um die kooperative Nutzung nicht-personenbezogener Daten zu ermöglichen. Hierfür möchten wir GRÜNE Experimentierräume schaffen, in denen Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam neue Konzepte ausprobieren können.

Die öffentliche Hand trägt eine große Verantwortung bei der Umsetzung von Datenzugangs-, Intermediär- oder Treuhandmodellen. Der Nutzen für das Gemeinwohl muss sichergestellt werden und es dürfen keine ungleichen Chancen beim Zugang zu Informationen entstehen. Offener Datenfluss und -austausch befördern den Wettbewerb und Innovationen und verhindern Datenmonopole durch einzelne Großkonzerne. Wir GRÜNE möchten eine Open Data Strategie für Bayern aufsetzen, in der festgelegt wird, wie der Staat als gutes Beispiel vorangeht, Anreize für Unternehmen schafft sowie die Entwicklung und Nutzung von Open Source Anwendungen unterstützt. Um datenbasierte Innovationen aktiv zu fördern, muss der Freistaat staatliche Daten in standardisierten, maschinenlesbaren Formaten öffentlich zur Verfügung stellen.

Zukunftstechnologien nutzen und ökologische Transformation befeuern

Mit dem digitalen Wandel entstehen neue Technologien, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dabei ist durchgehend die Rechtssicherheit für Unternehmen sowie die Umsetzung von Regelwerken zu beachten. Hierfür braucht es effiziente Aufsichtsstrukturen, die auf regionaler und Landesebene, Bundesebene und Europaebene vertreten und vernetzt sind. Künstliche Intelligenz (KI) ist als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts ein gutes Beispiel. Als wegweisende Technologie mit einem signifikanten Wirtschaftsfaktor ist es Aufgabe der Politik, die Nutzung und Anwendung von KI in die Fläche zu bringen. Wir GRÜNE möchten,

dass Zukunftstechnologien wie KI stärker in Beratungs- und Informationsangebote für den Mittelstand einfließen. Oft hakt es bereits an der Kommunikation der verfügbaren Angebote. Wir GRÜNE setzen uns für einen „europäischen Weg der KI“ mit klaren ethischen Grenzen, einen hohen Datenschutz und starken Schutz vor Ausspähung beziehungsweise staatlicher Überwachung ein. Neben der ökologischen Optimierung durch den Einsatz von KI, beispielsweise mit Blick auf Ressourcenverbrauch und CO₂- sowie Treibhausgasemissionen, gehört für uns GRÜNE „Ethics by Design“ als Mindeststandard in die Entwicklung von KI. Zur Bewertung von KI-Anwendungen und deren Einsatz, beispielsweise im Rahmen von Technikfolgenabschätzungen, sind kontext-relevante Werte unbedingt zu beachten. Auch einfache KI-Systeme haben deutliche Auswirkungen auf unser Leben und unsere Gesellschaft. Gemeinwohlorientierung, ökologische Standards und ethische Leitplanken müssen beachtet werden.

EU als Vorbild für Digital-Gesetzgebung

Die europäischen Datenschutzstandards sind ein Alleinstellungsmerkmal und haben sogar Regulatorik scheue Nationen wie die USA dazu ermutigt, Regulierung in den Wilden Westen des Internets einzubringen und die Rechte ihrer Bürger*innen endlich besser zu schützen. Der Europäischen Union kommt hierbei eine zunehmend wichtige Rolle zu. Die Einführung europäischer Standards sollen im globalen Wettbewerb gestärkt werden, nicht zuletzt mit Blick auf die Regulierung von Internetgiganten und Technologien wie Künstliche Intelligenz. Wir GRÜNE setzen dabei klare Grenzen auf. Wir möchten ein Verbot von Microtargeting und personenbezogenem datenbasiertem Werbetacking. Die Gig-Economy darf nicht ausbeuterische Arbeitsbedingungen zulassen, denn Plattformbetreiber*innen tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir wollen mit klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen für Fairplay bei der Plattformökonomie sorgen.

Kurz und knapp: Wir wollen das Innovationsland Bayern stärken

Um den Wissenstransfer aus Forschung und Wissenschaft in die Wirtschaft zu verbessern, wollen wir die anwendungsorientierte Forschung strukturell stärken, Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördern und mehr Mittel für den wissenschaftlichen Mittelbau bereitstellen. Zudem wollen wir wissensintensive Gründungen anschieben, indem wir die Rahmenbedingungen für Ausgründungen verbessern. Durch den Aufbau eines Open Science Kompetenzzentrums werden wir den offenen Zugang zu Forschungsergebnissen stärken.

*Indem wir bessere Finanzierungsmöglichkeiten und bayernweite Vernetzungsmöglichkeiten für Gründer*innen schaffen, wollen wir eine attraktive Gründungslandschaft in Bayern schaffen. Dazu werden wir auch den Ausbau von Inkubatoren in der Fläche vorantreiben.*

Damit bayerische Unternehmen besser von den Möglichkeiten der Datenökonomie profitieren können, wollen wir eine Infrastruktur für regionales Datenmanagement und branchenspezifische dezentrale Datenpools aufbauen. Durch die Förderung und Bereitstellung von offenen Daten und Standards wollen wir Datensilos aufbrechen und datengetriebene Innovationen vorantreiben.

Unseren Mittelstand im digitalen Wandel mitnehmen

Unsere mittelständischen Unternehmen bilden das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft und tragen einen erheblichen Anteil zur Wirtschafts- und Innovationskraft Bayerns bei. Hinter fast jedem bayerischen Hügel ist ein sogenannter „Hidden Champion“ zu finden, zudem sind viele internationale Unternehmen hier angesiedelt. Trotzdem liegen deutsche Unternehmen laut einer Bitkom-Umfrage in Sachen Digitalisierung nur im Mittelfeld. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss hier nachgezogen werden. Wir GRÜNE legen im Rahmen der Digitalisierung der Wirtschaft einen besonderen Fokus auf den Mittelstand. Es ist die Aufgabe der Politik die Unternehmen auf diesem Weg zu unterstützen und den Prozess mit passenden Maßnahmen zu begleiten.

Digitalisierung im Mittelstand ankurbeln

Um die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen zu erhalten und unseren Wohlstand zu sichern, muss in die Entwicklung und das Wachstum von neuen Industrien investiert und die Transformation und Weiterentwicklung bestehender Branchen vorangetrieben werden. KMU haben aber meist nicht die umfangreichen Forschungsressourcen wie Großkonzerne, zudem fehlen in kleineren Teams häufig IT-Expert*innen. Deshalb bleiben die Potentiale, die die Digitalisierung durch Automatisierung, Datennutzung oder Künstliche Intelligenz bietet, meist ungenutzt. Bisherige Förderprogramme sind zumeist auf die technische Ausstattung ausgelegt. Den Unternehmen fehlt aber nicht nur die notwendige technische Ausstattung, sondern ebenso eine Digitalstrategie, Digitalkompetenzen und das Wissen über Digitalprozesse. Um den Unternehmen unter die Arme zu greifen, wollen wir bestehende Förderprogramme wie den „Digitalbonus“ entsprechend reformieren und mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten.

Auch für Kleinunternehmen wie Handwerksbetriebe oder Einzelhandelsgeschäfte stellt die Umstellung der Geschäftsprozesse eine große Hürde da. Oft fehlt es an Erfahrung, wie beispielsweise Robotik zielführend in der eigenen Fertigungshalle eingesetzt werden, oder eine gute Webseite oder ein Webshop neue Vertriebswege und Kundengruppen öffnen kann. Deshalb fordern wir Digitalberatung und Fortbildungen für den Einzelhandel, das Handwerk und den Mittelstand.

Um den lokalen Einzelhandel vor der Konkurrenz durch große Internetplattformen zu schützen, ist die kommunale Förderung von offenen Online-Portalen für den lokalen Einzelhandel sinnvoll. Diese digitalen Marktplätze müssen kostenfrei und ohne Provisionsabgaben sein. So unterstützen wir die regionale Vermarktung gezielt und den Einzelhandel dauerhaft. Entsprechend sollen auch kreis- bzw. stadtweite Zusammenschlüsse von Einzelhändler*innen für gebündelte, regionale Bringdienste initiiert und unterstützt werden, um kleine und mittelständische Unternehmen bei diesen logistischen Herausforderungen zu entlasten, Kosten zu teilen und einzelne Auslieferungsfahrten zu vermeiden.

Synergieeffekte und Wissenstransfer fördern

Das Wissen darüber, wie die Digitalisierung in verschiedensten Bereichen genutzt werden kann, ist elementar. Ohne dieses Wissen gefährden wir die bayerische Wettbewerbsfähigkeit und die bayerische Wirtschaftskraft. Dank der Digitalisierung können wir dieses Fachwissen aus der ganzen Welt nach Bayern holen, denn interdisziplinäre Arbeitsteams aus verschiedenen Bereichen können sich standortunabhängig vernetzen.

Wir Grüne wollen für Bayern entsprechende Netzwerke schaffen, um den Erfahrungstransfer zwischen unterschiedlichsten Betrieben, von Start-Up bis zum Großkonzern, zu ermöglichen. Um Digitalwissen bestmöglich in die Fläche zu bringen, brauchen wir Netzwerke zwischen Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft. Es ist an der Zeit Plattformen und Eco-Systeme mit Reallaboren zu schaffen, um Hochschulen und Institute mit der Wirtschaft national und international zusammenzubringen.

Kurz und knapp: Wir wollen unseren Mittelstand im digitalen Wandel mitnehmen

Um Digitalisierungsprozesse im Mittelstand anzukurbeln, wollen wir bestehende Förderprogramme anpassen und ausbauen. Dabei soll nicht nur die technische Ausstattung, sondern auch die fachliche Befähigung der Mitarbeitenden im Fokus der Förderung stehen. Auch für den Einzelhandel und das Handwerk wollen wir zielgerichtete Beratungs- und Fortbildungsangebote schaffen. Zudem wollen wir die Kommunen beim Aufbau von offenen Online-Portalen für den lokalen Einzelhandel unterstützen.

Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter

Zum Erhalt unserer Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter gehört für uns GRÜNE die europäische Souveränität, im Sinne von Unabhängigkeit gegenüber anderen Ländern oder einzelnen Konzernen sowie Wahlfreiheit mit Blick auf welche Technologien wir einsetzen. Die Grundlage dafür schafft eine robuste digitale Infrastruktur. Neben den Chancen und Möglichkeiten birgt der digitale Wandel auch zahlreiche Gefahren für unsere Freiheit und Sicherheit, für den Schutz unternehmerischer Geheimnisse und die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft gegenüber Wirtschaftsspionage, Hacking und Cyberattacken. Diese können zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden sowie zu tiefen Eingriffen in unternehmerischen und persönlichen Datenschutz führen. Für uns GRÜNE ist der Schutz von Grundrechten im digitalen Raum selbstverständlich.

Ausbau einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur

Die digitale Infrastruktur bildet die Grundlage für und hat erheblichen Einfluss auf die aktuelle und künftige wirtschaftliche Entwicklung. Sie fördert nicht nur wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch die soziale Gerechtigkeit. Keines unserer Ziele für die digitale bayerische Wirtschaft kann ohne eine flächendeckende, leistungsfähige und resiliente digitale Infrastruktur erreicht werden. Jahrelang wurde der Ausbau der digitalen Infrastruktur verschlafen und die falschen Technologien staatlich gefördert. Funklöcher sind weder auf dem Land noch in Ballungsräumen hinnehmbar. Eine schlechte digitale Anbindung bedeutet für Betriebe und Unternehmen einen großen Wettbewerbsnachteil und hemmt ihre digitale Entwicklung. Um dem entgegenzuwirken, muss der flächendeckende Mobilfunkempfang sichergestellt und hochwertige Breitbandanschlüsse für möglichst alle Unternehmen und Haushalte angeboten werden. Um den nachfrageorientierten Ausbau von Glasfaseranschlüssen voranzutreiben, wollen wir diese Anschlüsse mit sogenannten Vouchern in Höhe von 500 Euro bezuschussen. Durch die verpflichtende Einführung von Local Roaming, d.h. das gemeinsame Nutzen des gleichen Mobilfunknetzes durch alle Mobilfunkanbieter, wollen wir auch in schlecht ausgebauten und für die Anbieter wirtschaftlich unrentablen Gebieten den Mobilfunkempfang für alle Menschen sicherstellen.

Public Money, Public Code – Offene Standards als Leitprinzip

Offene Standards fördern Innovationen, schaffen Transparenz und können die Sicherheit der digitalen Welt erhöhen. Auf den Staat kommt hier eine besondere Rolle zu, um große Monopolstellungen einzelner Unternehmen zu durchbrechen und Wettbewerb und faire Märkte zu fördern. Wir GRÜNE wollen deshalb für staatliche Aufträge und Vergaben offene Standards, Interoperabilität und Open Source zum Leitprinzip machen und dies in den Vergabe- und Vertragsordnungen festschreiben. Um den Zugang zu freier, quelloffener Software zu unterstützen, wollen wir eine Stiftung ins Leben rufen, die freie und offene Software fördert, und für die Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und Verwaltung niederschwellig und barrierefrei zugänglich macht.

Datenschutz stets verteidigen

Für uns GRÜNE ist das Grundrecht auf Privatsphäre und Datenschutz weder Feind noch Bremser, sondern schützens- und verteidigungswert. Der Datenschutz ist ein europäischer Wert und Standortvorteil, der nicht ausgehöhlt werden darf. In einer digitalisierten Wirtschaft kann aber in der Praxis der Schutz der Persönlichkeitsrechte branchenübergreifend eine Herausforderung darstellen. Wir GRÜNE setzen deshalb auf Standards, Zertifizierungen und flächendeckende Bildungs- und Schulungsansätze für die Vermittlung von Datenschutzkompetenzen. Nur so lässt sich die konforme Umsetzung der entsprechenden Rechtsvorschriften gewährleisten und die Rechtssicherheit für Unternehmen im Rahmen der Nutzung von Daten sicherstellen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Datenschutzziele bei der Entwicklung von Technologien von Anfang an beachtet werden und fest im Entwicklungsprozess verankert werden (Privacy-by-Design). Dazu müssen Auditierung-Systeme gestärkt und die Einführung von Gütesiegeln geprüft werden.

Cybersicherheit in Unternehmen stärken

IT-Sicherheit ist ein nicht verhandelbarer Standortfaktor: Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die Voraussetzung damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu gewähren. Auch Unternehmen sind aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung verpflichtet, hohe IT-Sicherheitsstandards einzuhalten. Jedes Jahr werden enorme wirtschaftliche Schäden (finanzielle Verluste, gestohlene Unternehmensgeheimnisse, verlorene Arbeitszeit bzw. -fähigkeit, Einbußen in der Wettbewerbsfähigkeit) durch Cyberattacken verursacht. Laut einer aktuellen Studie des Digitalverbandes Bitkom waren in den Jahren 2020 und 2021 fast neun von zehn Unternehmen von Datenklau, Spionage oder Sabotage betroffen. Unsere bayerischen Unternehmen müssen daher politisch unterstützt werden, um Datenschutz und IT-Sicherheit stärker in die Unternehmensstrukturen zu integrieren. Wir GRÜNE möchten einen besseren und stärkeren Schulterschluss zwischen der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft, um auf die Bedeutung von Cybersicherheit aufmerksam zu machen. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit Unternehmen innerhalb ihrer internen Strukturen Ansprechpersonen für Informationssicherheit einstellen, Notfallkonzepte vorhanden sind und auf Worst-Case-Szenarien vorbereitet sind. Wir wollen Anreize für hohe IT-Sicherheit setzen und diese durch unabhängige Auditierungen und Zertifizierungen sicherstellen. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir ein flächendeckendes und unabhängiges Beratungsnetzwerk schaffen, um die Unternehmen so gezielt bei der Umsetzung der Vorgaben zu unterstützen.

Landesbeauftragter für Datenschutz & Informationssicherheit

Mit der steigenden Verbreitung von digitalen Technologien in verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens, wächst auch der Anspruch an die staatlichen Aufsichtsbehörden. Wir GRÜNE wollen die Aufsichtsbehörden reformieren und strukturell weiterentwickeln. Dazu sollen die Kompetenzen und Zuständigkeiten des Landesamtes für Datenschutzaufsicht mit denen des Landesbeauftragten für den Datenschutz zusammengeführt und zu einem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit weiterentwickelt werden. Zudem wollen wir die neu geschaffene Behörde mit den notwendigen finanziellen, technischen und personellen Mitteln ausstatten, um das gewachsene Aufgabenprofil vollumfänglich bewältigen zu können.

Kurz und knapp: Wir wollen Freiheit und Sicherheit im digitalen Raum bewahren

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist das Rückgrat der Digitalisierung. Deshalb wollen wir den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen vorantreiben, indem wir Glasfaseranschlüsse mit Vouchern fördern und Local Roaming für Mobilfunkbetreiber einführen.

Um die Cybersicherheit an Unternehmen zu stärken, bauen wir Beratungsangebote aus und setzen uns für die breite und regelmäßige Durchführung von Zertifizierungen und unabhängige Auditierungen ein. Durch die Einführung von Gütesiegeln unterstützen wir den Grundsatz „Privacy by Design“ und sichern eine vertrauenswürdige Softwarequalität.

Wir wollen die staatlichen Datenschutzbehörden reformieren und zu einem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit weiterentwickeln. Die neu geschaffene Behörde werden wir zudem mit ausreichend personellen und finanziellen Mitteln ausstatten.



Stand: November 2021



KONTAKT:

Benjamin Adjei, MdL
Sprecher für Digitalisierung
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089 4126-2635

benjamin.adjei@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de